



NIEDERSCHRIFT

(öffentlicher Teil)

**22. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung und Polizeibeirat
(Wahlperiode 2013 - 2018)**

Sitzungstermin:	Dienstag, 15.12.2015
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	18:50 Uhr
Sitzungsort:	Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Frau Silke Mählenhoff - Bü90/DIEGRÜNEN

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Herr Dr. Marek Lengen - SPD

Herr Jochen Mauritz - CDU

Frau Heidemarie Menorca - CDU

bis 16:45 Uhr

Frau Kerstin Metzner - SPD

Frau Ursula Wind-Olßon - CDU

Herr Frank Zahn - SPD

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Herr Claus Schaafberg - Bü90/DIEGRÜNEN

Vertretung für:

Herrn Schubert, Hans-Jürgen

Herr Rolf Müller - FDP

Vertretung für:

Herrn Rathcke, Thomas

Herr Martin Böhlke - BfL

Vertretung für:

Herrn Wegner, Olaf

Herr Matthias Bünenfeld - Die PARTEI-PIRATEN

Herr Paul Kaitschick - CDU

Herr Hans-Jürgen Martens - DIE LINKE

Herr Christoph Otte - SPD

Herr Paul-Gerhard Röttger - CDU

Frau Liane Rütther - CDU

ab 16:45 Uhr

(für Frau Menorca)

Verwaltung

Herr Senator Bernd Möller	Fachbereichsleitung
Frau Dr. Olga Koop	Fachbereichscontrolling
Frau Angela Neitzke	Fachbereichscontrolling
Herr Oliver Bähr	3.370 - Feuerwehr
Herr Klaus Breitrück	
Frau Ingrid Bauer	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Herr Dr. Dietmar Schäfer	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Frau Pauline Wolff	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Herr Knut Sturm	3.820 - Stadtwald
Herr Michael Dr. Hamschmidt	Gesundheitsamt
Herr Peter Tengler	Personalrat Feuerwehr
Herr Ulf Witt	Polizeidirektion Lübeck
Herr Walter Gaul	Stadtfeuerwehrverband

Protokollführung

Herr Maik Schneider-Wendt	Fachbereichsdienste
---------------------------	---------------------

Gäste

Herr Prof. Dr. Christoph Külls - Fachhochschule Lübeck	nur im öffentlichen Teil
Herr Norbert Jacobsen - IAG Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft mbH	nur im öffentlichen Teil

Sonstige Personen

Herr Jörg Clement- Naturschutzbeirat	nur im öffentlichen Teil
Herr Dr. Rolf Tetzlaff-Gahrman	nur im öffentlichen Teil

Entschuldigte Mitglieder

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Herr Thomas Rathcke - FDP	entschuldigt
---------------------------	--------------

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Herr Hans-Jürgen Schubert - Bü90/DIEGRÜNEN	Mandatsniederlegung
Herr Olaf Wegner - BfL	entschuldigt

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

2. Feststellung der Tagesordnung

3. Polizeibeirat

3.1. Mitteilungen der Polizeidirektion

3.1.1. Vorstellung neue Leitung Polizeidirektion Januar 2016

3.1.2. Allgemeine Flüchtlingslage SH

3.2. Neue Anfragen an den Polizeibeirat

3.2.1. Anfrage Herr Müller - Polizeieinsätze Erstaufnahmeeinrichtung

4. Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 17.11.2015

5. Mitteilungen

5.1. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

5.1.1. Sachstand Klimaschutz Lübeck

5.2. Mitteilungen der Fachbereichsleitung

5.2.1. Monitoring Ihlenberg 2015

5.2.2. Informationsveranstaltung der IAG

5.2.3. Transitflüchtlinge - Freigabe Turnhallen

5.2.4. B-Plan "Wasserkunst" - Wanderweg im Ruheraum des Fischotters

5.3. Beantwortung von Anfragen

5.3.1. Anfragen SPD-Fraktion - Aufnahme von Abbruchmaterial aus dem Rückbau des AKW Brunsbüttel auf der Deponie Niemark

5.3.2. Anfrage des Mitglieds Silke Mählenhoff - Fischaufstiegsanlage/
Fischtreppe an der Wakenitz
Vorlage: VO/2015/03136

5.3.3. Anfrage Herr Dr. Lengen - Trendsport Slacklining in Grünanlagen
(Gefahr für Bäume?)

5.3.4. Anfrage Herr Müller - Verwüstungen von Wildschweinen im Außenbereich

5.4. Überweisungen aus der Bürgerschaft

5.4.1. Obstanbau städtisch unterstützen Überweisung aus der Bürgerschaft
- Antrag der Fraktion DIE LINKE - 17. Sitzung der Bürgerschaft vom
24. September 2015 (VO/2015/03026) Vorlage: VO/2015/03195

6. Anträge

7. Vorlagen

8. Berichte und Antworten

9. Neue Anfragen und Verschiedenes

9.1. Anfrage Herr Zahn - Ausreisepflichtige Flüchtlinge

9.2. Anfrage Herr Zahn - Gutachten Feuerwehr

Nichtöffentlicher Teil:

10. Feststellung der Niederschrift (nichtöffentlicher Teil) vom 17.11.2015

11. Mitteilungen

12. Vorlagen

13. Berichte und Antworten

14. Neue Anfragen und Verschiedenes

14.1. Anfrage Herr Mauritz - Zusammenarbeit Feuerwehr mit anderen Kreisen

14.2. Anfrage Frau Metzner - Hautkrankheit Flüchtlingsunterkunft

Öffentlicher Teil:

15. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende Frau Mählenhoff eröffnet die 22. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung und Polizeibeirat in der Wahlperiode 2013 - 2018, begrüßt die Ausschussmitglieder, die zu den einzelnen Tagesordnungspunkten eingeladenen Referenten sowie die Vertreter der Bereiche.

Frau Mählenhoff stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Mählenhoff beantragt die nichtöffentliche Beratung der dem nichtöffentlichen Teil zugeordneten Tagesordnungspunkte.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Der Ausschuss stellt die Tagesordnung bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 3 Polizeibeirat

zu 3.1 Mitteilungen der Polizeidirektion

zu 3.1.1 Vorstellung neue Leitung Polizeidirektion Januar 2016

Herr Witt teilt mit, dass ab 1. März 2016 die neue Leitung der Polizeidirektion ihren Dienst aufnehmen werde. Dazu seien die Polizeibeiräte des Kreises Ostholstein und der kreisfreien Stadt Lübeck vor der Besetzung dieser Stelle zu hören. Hierzu würde sich nach Absprache mit der Geschäftsführung des Ausschusses die Januarsitzung anbieten, sodass die geplante Polizeibeiratssitzung im März auf den Januar verlegt werden könne. In Ostholstein finde die Anhörung am 2. Februar statt, offizielle Amtsübergabe sei dann am 10. März.

Der Ausschuss ist mit einer Verlegung der Sitzung mit dem Polizeibeirat auf den Januar einverstanden und nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

zu 3.1.2 Allgemeine Flüchtlingslage SH

Herr Witt berichtet, dass zurzeit in Schleswig-Holstein wenige Flüchtlinge ankämen bzw. der Flüchtlingszustrom fast gen Null tendiere. An den Landesunterkünften seien kleine Polizeistationen eingerichtet worden. Die kommunalen Unterkünfte würden von den bestehenden örtlichen Revieren mit abgedeckt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2 Neue Anfragen an den Polizeibeirat

zu 3.2.1 Anfrage Herr Müller - Polizeieinsätze Erstaufnahmeeinrichtung

Anfrage siehe Sitzung des Ausschusses vom 17.11.2015 TOP 8.5.

Laut Herrn Witt seien insgesamt 41 Straftaten; davon 16 zwischen den Flüchtlingen, 1 gegen Flüchtlinge, 24 durch Flüchtlinge zu verzeichnen. Diese teilten sich wie folgt auf:

- 2 x Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte
- 9 x Körperverletzung / gefährliche Körperverletzung
- 11 x Diebstahl / Unterschlagung
- 3 x Verstoß BTMG
- 1 x sexuelle Nötigung
- 7 x Bedrohung / Hausfriedensbruch
- 8 x Betrug.

Im Ergebnis könne festgehalten werden, dass dies angesichts der Anzahl der dort untergebrachten Menschen kein hoher Wert sei. Polizeistationen vor Ort einzurichten sei eine gute Lösung gewesen.

Es sprechen Frau Menorca (Gerüchte von Straftaten) sowie die Herren Martens (Polizeieinsatz Praktikermarkt) und Otte (Einsatz Bundeswehr). Hierzu merkt Herr Witt an, dass sehr viele Gerüchte kursierten, die man nicht bestätigen könne. So habe es u.a. auch keine Vergewaltigung und auch keinen geplünderten Einkaufsmarkt gegeben. Zum Polizeieinsatz am Praktikermarkt sei es gekommen, weil sich Personen unberechtigten Zutritt verschaffen und Lebensmittel verteilen wollten. Dies ginge so nicht. Die Verpflegung werde über die Diakonie geregelt. Die Bundeswehr werde teilweise unterstützend, für technische und organisatorische Maßnahmen, wie z.B. zur Essensausgabe und das Anlegen von Wegen im Containerdorf, eingesetzt. Viele der Soldaten hätten Erfahrungen mit Auslandseinsätzen und könnten gut auf die individuellen Belange der Flüchtlinge reagieren und diese auch sinnvoll, z.B. durch sportliche Aktivitäten, beschäftigen.

Herr Möller berichtet über die Gründe der Herrichtung des Praktikermarktes. Er macht eindringlich darauf aufmerksam, dass aus Sicherheitsgründen keine unangemeldete Person Zutritt zur Unterkunft habe. Der Vorfall vom 12. Dezember grenze an Hausfriedensbruch, rechtliche Schritte behalte man sich vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Menorca verlässt die Sitzung gegen 16:45 Uhr. Es übernimmt Frau Rüther.

zu 4 Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 17.11.2015

Der Ausschuss stellt die Niederschrift bei **15** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 5 Mitteilungen

zu 5.1 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

zu 5.1.1 Sachstand Klimaschutz Lübeck

Frau Mählenhoff gibt bekannt, dass der Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz (UNV) voraussichtlich in der Februarsitzung über den Sachstand des Klimaschutzes in Lübeck berichten werde.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

zu 5.2.1 Monitoring Ihlenberg 2015

Herr Prof. Dr. Külls berichtet über die Untersuchung des „Grundwassers an der Landesgrenze - Grundwasseralter, Hydrochemie und Isotopenanalysen“ anhand einer Präsentation.¹

Frau Mählenhoff beantragt das Anhörungsrecht für Herrn Dr. Tetzlaff-Gahrman, welches der Ausschuss einstimmig beschließt.

Herr Dr. Tetzlaff-Gahrman lobt den Vortrag und merkt an, dass auch biologische Indikatoren zur Untersuchung eingesetzt werden müssten. Durch diese seien Gefährdungen schneller ersichtlich.

Laut Herrn Prof. Dr. Külls sei der Einsatz von biologischen Indikatoren erst der nächste Schritt, sofern Auffälligkeiten beim Monitoring festgestellt würden. Des Weiteren nutze man biologische Indikatoren eher zur Untersuchung von Oberflächengewässern. Hier seien das Grundwasser und die Grundwasserleiter beprobt und untersucht worden.

Fragen der Damen Wind-Olßon und Mählenhoff sowie der Herren Zahn, Dr. Lengen, Martens und Schaaßberg beantwortet Herr Prof. Dr. Külls.

Speziell zu den Anfragen aus der Ausschusssitzung vom 16.06.2015 (VO/2015/02809) antwortet Herr Külls, dass zu den Werten der Oberflächengewässer nichts gesagt werden könne, da man diese nicht untersucht habe. Mit dem Bericht vor 5 Jahren und dem aktuellen Monitoring decke man die letzten 10 Jahre ab. Tritiumwerte aus den 60iger und 70iger Jahren wären auf die weltweiten Atomtests aus dieser Zeit zurückzuführen. Damals gab es die Deponie noch gar nicht.

Herr Dr. Schäfer merkt abschließend an, dass das Gutachten zum Monitoring auf der Internetseite des Bereichs veröffentlicht werde.²

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

¹ Anlage 1 Die Anlagen zur Niederschrift sind im Ratsinformationssystem abrufbar.

² <http://www.unv.luebeck.de/lvw/formulare/index.html?fb=1&fd=909>

zu 5.2.2 Informationsveranstaltung der IAG

Herr Möller gibt bekannt, dass seitens der IAG - Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft mbH die Termine 13. April 2016 15:30 – 17:30 Uhr und der 14. April 2016 16:00 – 18:00 Uhr (Ausweichtermin) für eine Informationsveranstaltung vorgeschlagen worden seien. Am 14. April finde aber gleichzeitig eine Sitzung des Werkausschusses statt. Der Ausschuss ist mit dem 13. April für eine Informationsveranstaltung einverstanden.

Herr Jacobsen merkt an, dass man der IAG vorher evtl. Fragen zur Vorbereitung zukommen lassen möge.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2.3 Transitflüchtlinge - Freigabe Turnhallen

Herr Möller bezieht sich auf die Pressemeldung „Burgfeld- und Hauptturnhalle wieder frei für Sportler“ vom 10. Dezember 2015 und gibt bekannt dass die Turnhallen wieder frei geräumt seien. Des Weiteren bedankt er sich nochmals für die Vor- und Nachbereitung der Turnhallen durch die Feuerwehr und Hilfsorganisationen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2.4 B-Plan "Wasserkunst" - Wanderweg im Ruheraum des Fischotters

Bezüglich der Diskussionen im Bauausschuss und in der Öffentlichkeit zum Bebauungsplan „02.13.00 - St. Jürgen / Wasserkunst - und zugehörige 119. Änderung des Flächennutzungsplanes, Änderung des Aufstellungsbeschlusses und Auslegungsbeschluss (5.610)“ merkt Herr Möller an, dass im Stadtgebiet Lübeck Fischottervorkommen in der Wakenitz (inkl. der Stadtwakenitz), der Grönau, dem Herrnburger Landgraben, dem Niemarker Landgraben, der Untertrave, der unteren Trave, dem Dassower See, der Medebek, der Grienau, der Kanaltrave, dem Tremser Teich und dem Blankensee nachgewiesen worden seien.

Außerdem hätten die Wakenitz und der Dassower See eine hohe Lebensraumeignung für Fischotter. In dem diskutierten Uferstreifen an der Wasserkunst sei das Vorkommen von Fischottern zweifelsfrei nachgewiesen (BBS BÜRO GREUNER-PÖNICKE 2015). Der Bereich werde als Ruheraum eingestuft.

Es sprechen die Herren Clement und Zahn.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.3 Beantwortung von Anfragen

zu 5.3.1 Anfragen SPD-Fraktion - Aufnahme von Abbruchmaterial aus dem Rückbau des AKW Brunsbüttel auf der Deponie Niemark

Herr Möller liest die Antworten vor:

1. Was ist der konkrete Inhalt der Anfrage an den BGM?

Bitte um Stellungnahme zur Vereinbarung zur regionalen Entsorgung freigegebener Abfälle aus Kernkraftwerken gegenüber dem Städteverband Schleswig-Holstein.

2. Welches Zeitfenster besteht für die Antwort und der Ablauf des gesamten Vorgangs?

Stellungnahme bis zum 04.09.2015. Die HL hatte eine Fristverlängerung beantragt.

3. Welche Qualität an nicht radioaktivem Bauschutt soll in welcher Menge auf die Deponie Nlemark gebracht werden?

Es sollen freigegebene und eingeschränkt freigegebene Abfälle entsorgt werden. Die max. Strahlung soll 10 μ Sv betragen. In der MELUR-Veranstaltung am 30.11.2015 wurde bekannt gegeben, dass nach dem heutigen Stand mit einer Gesamtmenge von ca. 15.000 t je Atomkraftwerk zu rechnen wäre.

4. Was bedeutet konkret der Begriff nichtradioaktives Material? Welche Grenzwerte von welchen Parametern sind hierfür relevant? Siehe 3. In welcher Vorschrift sind diese Grenzwerte definiert?

Nach § 29 der Strahlenschutzverordnung.

5. Für welche Materialien ist die Deponie Niemark klassifiziert?

Es liegt ein vom Landesamt genehmigter Annahmekatalog für verschiedene Abfallschlüssel vor.

Ist Niemark überhaupt geeignet?

Dies ist von den Genehmigungsbehörden fachlich zu beurteilen. Diejenigen Abfälle, die dem genehmigten Annahmekatalog entsprechen, sind grundsätzlich geeignet.

Wer kann das festlegen?

Die Genehmigungsbehörde ist das LLUR.

6. Welche Restkapazität hätte die Deponie Niemark bei den bisherigen Entsorgungsmengen, insbesondere bei Bauschutt?

Ca. 1,5 Mio. t ohne Erweiterung.

7. Es ist von Undichtigkeiten im Untergrund der Deponie Niemark die Rede. Wie soll die Dichtigkeit erhöht werden und gewährleistet werden, dass keine radioaktiven Stoffe in das Grund- oder Trinkwasser gelangen?

Die Undichtigkeiten beziehen sich ausschließlich auf den Altbereich der Deponie, der nicht mehr in Betrieb ist. Der Neubereich hat eine vollständige Untergrundabdichtung. Das Verhalten von radioaktiven Stoffen, wie z. B. Tritium, müsste noch untersucht werden.

8. Wer sorgt für Einhaltung der Grenzwerte bei den Ausgangskontrollen am AKW?

Dies unterliegt der atomrechtlichen Aufsicht.

9. Wie und wo erfolgt die Eingangskontrolle bei Niemark?

Die Eingangskontrollen erfolgen gemäß den abfallrechtlichen Bestimmungen im Eingangsbereich und im Verbringungsbereich.

10. Wohin geht das belastete Material?

Abfälle, die den Grenzwert von 10 µSv überschreiten, werden entsprechend den atomrechtlichen Bestimmungen entsorgt.

11. Wo finden sich weitergehende Informationen, z. B. ob sich radioaktive Stoffe auch in Beton einlagern können?

Die Eigenschaften radioaktiver Stoffe sind den allgemeinen öffentlichen Informationsquellen zu entnehmen.

12. Wie äußern sich die anderen Deponien? Gibt es Möglichkeit zum Informationsaustausch mit den anderen Deponien?

Das MELUR hat angekündigt Informationsveranstaltungen mit Betreibern und Aufbereitern durchzuführen.

Welche Informationen liegen z.B. vom Rückbau des AKW in Lubmin in MV vor?

Freigemessene Abfälle aus Greifswald oder Lubmin werden auf der Deponie Ihlenberg wie normaler Abfall entsorgt und erfahren nach hiesiger Kenntnis auch keine besondere Nachsorge.

Dem Ausschuss liegt der folgende Antrag der Fraktion Bü90/Die Grünen vor:

- 1. Neben dem Städtischen Gesundheitsamt sollte baldigst auch ein ausgewiesener Fachmann zur Problematik des freigemessenen radioaktiven AKW-Schrotts im Umweltausschuss gehört werden.*
- 2. Das Umweltamt sollte baldigst eine öffentliche Veranstaltung für die Lübecker Bürger durchführen unter dem Thema: Ungefährlicher Transport von freigemessenem radioaktiven AKW-Schrott!?*

Herr Möller gibt bekannt, dass das MELUR das Angebot gemacht habe, für eine entsprechende Informations- und Diskussionsveranstaltungen in den Regionen zur Verfügung zu stehen und gern auf Einladung käme. Es werde für Februar oder März 2016 versucht, eine solche Informationsveranstaltung zu koordinieren. Die bei der schon durchgeführten Diskussionsveranstaltung des MELUR "Entsorgung freigegebener Abfälle aus dem Rückbau von Kernkraftwerken" vom 30. November gezeigten Präsentationen könne man den Ausschussmitgliedern zur Verfügung stellen. Zum Antrag merkt Herr Dr. Hamschmidt an, dass das Gesundheitsamt nur bedingt Auskünfte geben könne, da im Gesundheitsamt kein Umweltmediziner tätig sei.

Zum Antrag stellt der Ausschuss einstimmig fest, dass dieser von der Verwaltung schon aufgegriffen worden ist und bearbeitet wird.

Fragen der Herren Müller und Dr. Lengen beantworten Herr Möller, Frau Dr. Koop und Herr Jacobsen. So erwähnt Herr Jacobsen eine vom Landkreistag Baden-Württemberg erarbeitete Handlungsanleitung zur Entsorgung von freigemessenen Abfällen auf Deponien in Baden-Württemberg. Diese könne dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden.

Für Herrn Clement erschließt sich die Verbringung auf eine Deponie nicht. Der Abfall sei schwach oder gar nicht radioaktiv und könne in den Stoffkreislauf, evtl. für den Straßenbau, gebracht werden. Herr Möller merkt an, dass nach Auskunft des Bereichs Stadtgrün und Verkehr für den Straßenbau diese Stoffe nicht interessant seien. Hier nutze man eher mineralische und zertifizierte Stoffe.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.3.2 Anfrage des Mitglieds Silke Mählenhoff - Fischaufstiegsanlage/ Fischtreppe an der Wakenitz Vorlage: VO/2015/03136

Die Antwort ist der Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung vom 17.11.2015 unter dem TOP 8.2 als Anlage beigefügt.³

Herr Müller fragt nach, ob es bei der Infoveranstaltung am 10.12.2015 im Wesentlichen neue Erkenntnisse gegeben habe. Herr Möller merkt an, dass ihm keine neuen Erkenntnisse bekannt seien. Es werde geklärt, ob die Präsentation aus der Informationsveranstaltung den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden könne.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Anmerkung Protokollführung:

Klärung erfolgt. Die Anlage ist der Niederschrift beigefügt.⁴

zu 5.3.3 Anfrage Herr Dr. Lengen - Trendsport Slacklining in Grünanlagen (Gefahr für Bäume?)

Anfrage siehe Sitzung des Ausschusses vom 17.11.2015 TOP 8.4.

Ergänzend zur Antwort vom 17.11.2015 führt Herr Möller für den Bereich Stadtgrün aus, dass Slacklining in Grünanlagen derzeit kein Problem darstelle. Es werde in manchen Anlagen, z.B. An der Falkenwiese und am Krähenteich regelmäßig ausgeführt. Dabei werde zumeist auf ein baumschonendes Anbringen geachtet und auch würden starke Bäume ausgewählt. Es bestehe aus Sicht des Bereichs kein Handlungsbedarf.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.3.4 Anfrage Herr Müller - Verwüstungen von Wildschweinen im Außenbereich

Anfrage siehe Sitzung des Ausschusses vom 17.11.2015 TOP 8.6.

Laut Herrn Sturm habe der Bereich Stadtwald versucht, die Schäden durch die Wildschweine durch jagdliche Umstellungen im eigenen Zuständigkeitsbereich zu begrenzen. So seien in den Forsten Schellbruch und Lauerholz zusätzliche unentgeltliche Jagderlaubnisscheine erteilt worden, vorzugsweise an örtliche Landwirte, die auch betroffen seien. Zusätzlich habe man eine Art Prämiensystem eingeführt, welches die Jäger begünstige, die mehr schießen. Vermehrte Drückjagden blieben bis jetzt eher erfolglos. Letzten Dienstag habe man im Lauerholz zwar Rehe erbeuten können, aber kein Wildschwein. Es sei sehr schwierig und aufwendig die Wildschweine zu erlegen. Der Bereich setze weiterhin auf das Prämiensystem in der Einzeljagd, mit örtlich erfahrenen Jägern.

Herr Müller fragt nach, wie viel Drückjagden durchgeführt würden. Herr Sturm antwortet, dass pro Bezirk und Jahr zwei Drückjagden durchgeführt würden. Mehr sei nicht leistbar.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

³

http://www.luebeck.de/stadt_politik/buergerinfo/bi/_tmp/tmp/45081036183087742/183087742/01056062/62-Anlagen/01/Anlage3.pdf

⁴ Anlage 2

zu 5.4 Überweisungen aus der Bürgerschaft

zu 5.4.1 Obstanbau städtisch unterstützen Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag der Fraktion DIE LINKE - 17. Sitzung der Bürgerschaft vom 24. September 2015 (VO/2015/03026) Vorlage: VO/2015/03195

17. Sitzung der Bürgerschaft am 24. September 2015

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.10 mit VO/2015/03026 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktion DIE LINKE einstimmig an den Bauausschuss, Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung und Werkausschuss EBL (**federführend**) überwiesen:

Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen!

Obstanbau städtisch unterstützen

Die Obst-Initiative „Hanse-Obst“ hat ein ca. 3 ha großes Grundstück am Moislinger Baum erworben, um ein Obstbiotop mit alten Sorten herzurichten und dort Jugendarbeit zu betreiben, speziell für Moisling und Buntekuh. Der Bürgermeister wird aufgefordert, Kontakt mit der Initiative aufzunehmen, um über eine Kooperation der Stadt mit der Initiative überein zu kommen. Gleichzeitig soll die laufende finanzielle Belastung der Initiative minimiert werden, wie z.B. die Straßenreinigungsgebühr.

Frau Bauer führt aus, dass der Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz (UNV) die Ziele von „Hanse-Obst“ bereits unterstütze. Es gebe Kooperationen und die Fläche werde schon intensiv genutzt.

Herr Möller merkt an, dass eine Reduzierung der Straßenreinigungsgebühr rechtlich nicht möglich sei. Frau Dr. Koop ergänzt, dass sich der Bauausschuss für diesen Antrag als nicht zuständig erklärt habe. Das Gleiche gelte für den Werkausschuss mit dem Zusatz, dass eine Gebührenbefreiung nicht möglich sei.

Im Ausschuss wird das Thema „Gebührenbefreiung“ unter Beteiligung der Damen Metzner, Dr. Koop, Mählenhoff und Bauer sowie der Herren Martens, Röttger, Dr. Lengen, Müller und Zahn kontrovers diskutiert.

Herr Dr. Lengen fasst die Diskussion zusammen. Demnach könne der Ausschuss den Antrag, bis auf den letzten Satz, als erledigt betrachten. Strittig sei eine Gebührenreduzierung zur finanziellen Entlastung. Diesem Satz könne nicht zugestimmt werden. Die Initiative „Hanse-Obst“ könne sich zur Übernahme der Allgemeinkosten evtl. an die Possehl-Stiftung wenden oder anderweitig einwerben.

Frau Mählenhoff beantragt der Bürgerschaft die folgende Empfehlung auszusprechen:

„Bis auf den letzten Satz befindet sich der Antrag der Fraktion Die Linke in der Umsetzung und ist als erledigt zu betrachten. Der letzte Satz wird abgelehnt.“

Der Ausschuss stimmt dem Antrag von Frau Mählenhoff bei **14** - Jastimmen, **1** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen mehrheitlich zu.

zu 6 Anträge

Es liegt nichts vor.

zu 7 Vorlagen

Es liegt nichts vor.

zu 8 Berichte und Antworten

Es liegt nichts vor.

zu 9 Neue Anfragen und Verschiedenes

zu 9.1 Anfrage Herr Zahn - Ausreisepflichtige Flüchtlinge

Herr Zahn möchte in der nächsten Sitzung gern wissen, wie sich die Situation bei ausreisepflichtigen Flüchtlingen darstelle und ob diese auch ausreisen würden.

zu 9.2 Anfrage Herr Zahn - Gutachten Feuerwehr

Herr Zahn fragt nach, wann mit der Vorstellung des Wirtschaftlichkeitsgutachtens der Berufsfeuerwehr zu rechnen sei.

Herr Möller antwortet, dass es noch offene Fragen gebe, der Hauptgutachter aber aufgrund einer Operation zeitlich ausgefallen sei. Man gehe aber davon aus, das Gutachten in der Februarsitzung behandeln zu können.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Mählenhoff stellt gemäß Beschlussfassung (TOP 2) um 18:40 Uhr einen nichtöffentlichen Teil der Sitzung her.

Öffentlicher Teil:

zu 15 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Frau Mählenhoff stellt gegen 18:48 Uhr die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil kein Beschluss gefasst worden sei. Frau Mählenhoff schließt die Sitzung um 18:50 Uhr.

Lübeck, den 20. Januar 2016

Silke Mählenhoff
Vorsitzende

Maik Schneider-Wendt
Protokollführung